

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/234

Bonn, den 7. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Die Fahrt "ins Blaue"</u> Dafür oder dagegen? Von Max Seidel, MdB	92
2 - 2b	<u>Das Zweite Vatikanische Konzil der Katholischen Kirche</u> Seine Geschichte und seine Bedeutung Von Dr. Heinz Kornetzi	150
3	<u>Im Dienste Deutschlands</u> Zur bevorstehenden Jahrestagung des "Kuratoriums Unteilbares Deutschland"	45
4 - 6	<u>Beobachtungen und Gespräche in Bulgarien</u> Von Arno Scholz, Herausgeber und Chefredakteur des "Telegraf", Berlin	190

+ + +

## Die Fahrt "ins Blaue"

### Dafür oder dagegen?

Von Max Seidel, MdB

Am kommenden Donnerstag soll der Bundestag in seiner letzten Sitzung des Jahres über das von der Bundesregierung vorgelegte "Haushaltssicherungsgesetz" entscheiden. Mit diesem "Massenstoppgesetz" ist beabsichtigt, zehn Gesetze, die der vierte Bundestag beschlossen hatte, zu revidieren.

Was nicht oft genug wiederholt werden kann, das sind Gesetze, die von der Bundesregierung Erhard eingebracht wurden, dessen sachliche und politische Notwendigkeiten der jeweils zuständige Fachminister im Parlament ausdrücklich hervorhob, die jeder CDU/CSU-Sprecher in der dritten Lesung mit großem Lob begrüßte, gegen die weder Bundeskanzler Professor Erhard noch Bundesfinanzminister Dr. Dahlgrün im Parlament persönlich Einspruch einlegten. Unter diesen Voraussetzungen fanden diese Gesetze die Zustimmung meist mit grossen Mehrheiten im Bundestag. Der Bundeskanzler, der Bundesfinanzminister und die Fachminister haben schließlich, durch die Abgabe ihrer Unterschriften, jedes dieser Gesetze im Staatsanzeiger verkündet. Der Endlauf dieser Gesetze fällt in die Zeit vom Februar bis August 1965, also in das letzte halbe Jahr der vierten Legislaturperiode. Jetzt verlangen der gleiche Bundeskanzler und der gleiche Bundesfinanzminister die Revision der von ihnen inspirierten Gesetze. Insgesamt sollen damit Ausgaben in Höhe von 2,9 Milliarden DM aufgehoben werden.

Nachdem die Bundestagswahl 1965 vorbei ist, weiß jetzt die Bundesregierung, daß ihre angeregten ausgabewirksamen Gesetze "die finanzwirtschaftliche Ordnung des Bundeshaushaltes 1966 gefährden". Vor der Wahl wußte sie das zwar auch, aber dagegen anzugehen unterblieb, "weil schwerwiegende finanzpolitische und staatsrechtliche Bedenken dagegen zu erheben waren", wie am 30. November 1965 der Bundesfinanzminister Dr. Dahlgrün vor dem Bundestag erklärte. Selten war eine Ausrede politisch so schlecht fundiert wie diese. Es waren w a h l p o l i t i s c h e Überlegungen, die zur Annahme der Gesetze führten und die Regierung veranlaßten, nichts dagegen zu tun. Gingen doch mit diesem "Leistungsbericht" der Regierung und der Koalition jeder ihrer Sprecher frisch fröhlich in den Wahlkampf. Keiner sprach vom Stopp d i e s e r Gesetze nach der Wahl.

Jeder Hinweis der SPD auf den Ernst der Finanzlage des Bundes wurde mit dem Wort des Bundeskanzlers von 13. August in Hessen "nehmen Sie das nicht ernst, nehmen Sie es heiter" abgetan.

Kun wurde die SPD in der Debatte im Bundestag beschworen, attackiert, doch dem "Haushaltssicherungsgesetz" in dieser Woche ihre Zustimmung nicht zu versagen.

\* "Die SPD soll die Regierung in ihren Bemühungen sachlich unterstützen."

\* "Sie muß definitiv Stellung beziehen, denn an dieser

- \* Schicksalsfrage der Nation kann es nur eine gemeinsame
- \* Beratung geben."

Das sind die "goldenen" Worte der Regierungsparteien an die SPD nach der Wahl, nach der Regierungsbildung, also nachdem die politischen Weichen endgültig gegen die SPD gestellt sind.

Die SPD sieht keine Veranlassung, den Gesetzen, denen sie vor der Wahl ihre Zustimmung gab, jetzt den Garaus zu machen. Was der vierte Bundestag in seiner letzten Arbeitsphase beschloß, soll der fünfte Bundestag in seiner ersten Arbeitsphase wieder aufheben. Das scheint staatspolitisch und rechtspolitisch sehr, sehr bedenklich.

Die SPD soll sich den finanzpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung Erhard anschließen. Die Bundesregierung legte nicht nur dem Bundestag den Ausgabestopp in Höhe von 2,9 Milliarden DM vor, im Kabinett hat sie selbst "im gesetzlich nicht gebundenen Raum" die Ressortanforderungen um Beträge in Höhe von 2,2 Milliarden DM gekürzt, will weitere Anforderungen der Ressorts um rund 2,1 Milliarden zurückweisen und hat außerdem den Bundeshaushalt 1966 in seinen Ausgaben bereits auf die Endsumme von 69,4 Milliarden DM fixiert (Haushalt 1965 = 63,9 Milliarden DM).

- \* Von der SPD kennt den Haushalt 1966 in seinen Einzelheiten
- \* niemand. Aber die SPD soll ohne Kenntnis der getroffenen
- \* Rangordnungen und ohne Wissen der Ansätze im Detail unseres
- \* Haushaltsbuches global den finanzpolitischen Aktionen
- \* der Bundesregierung und Koalition folgen. Fürwahr, eine
- \* tolle Zumutung.

In Bundestag bemühten sich die Sprecher der Regierung und der Koalitionsparteien mit Vehemenz, der SPD als Opposition es anzulasten, daß sie doch selber den meisten Gesetzen in der vierten Legislaturperiode zugestimmt habe. Gewiß hat sie das. Sie steht auch heute noch dazu. Soll es das alleinige Vorrecht der Regierung und der Koalition sein, im Wahljahr ausgabewirksame Gesetze zu beschließen, die alleinige Pflicht der Opposition sein, Streichungsanträge zu stellen? Diese Art von politischer Rollenverteilung kann doch ernsthaft nicht diskutiert werden.

- \* "Die Verantwortung für diese Bundesregierung trägt an
- \* vorderster Stelle die CDU/CSU." Dieses Wort des Bundes-
- \* kanzlers vom 9. Juli 1965 vor dem CDU-Parteitag in Düs-
- \* seldorf gilt auch nach der Wahl vom 19. September 1965
- \* am Regierungssitz in Bonn.

Wer die Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion haben will, muß ihr mit offenen Karten und Absichten begegnen, damit sie anhand dessen die Chance hat, aus voller Kenntnis der Fakten alternativ zu wirken. Diese Voraussetzungen für eine gemeinsame Lösung der Festigung der Finanz- und Haushaltslage des Bundes schaffte die Bundesregierung nicht. Daher muß die SPD das "Haushaltssicherungsgesetz" ablehnen, weil sie an dieser "Fahrt ins Blaue" des Bundeshaushaltes 1966 nicht teilnehmen kann.

## Das Zweite Vatikanische Konzil der Katholischen Kirche

### Seine Geschichte und seine Bedeutung

Von Dr. Heinz Kornetzki

Nach über dreijähriger Dauer und ebenso langer Vorbereitung wurde das Zweite Vatikanische Konzil der Katholischen Kirche in diesen Dezembertagen abgeschlossen. Am 25. Jan. 1965 hatte es der Vorgänger Papst Paul VI., Johannes XXIII., völlig unerwartet seinen Kardinälen in Rom eröffnet. Kirche und Weltöffentlichkeit ziehen Bilanz, Theologen, Historiker und Publizisten werden die Ergebnisse dieser Kirchenversammlung werten und ihre Bedeutung für die Geschichte abwägen. Dabei wird der zeitliche Abstand die Möglichkeit vergrößern, das Ergebnis objektiv auszuleuchten. Schon heute aber läßt sich urteilen, daß dieses Konzil einen markanten geistigen Umbruch der Katholischen Kirche eingeleitet hat, einen Umbruch, der aus dem Ringen zwischen konservativen und progressiven Kräften der Kirche herausgewachsen und dessen Ausmaß heute noch gar nicht zu übersehen ist.

Die Vatikanzeitung "Osservatore Romano" deutete bereits einen Tag nach dem denkwürdigen 25. Jan. 1965 an, was der erst vor drei Monaten gewählte Johannes XXIII. vorhatte: kein Konzil nur zur Erbauung der Katholiken, sondern ein Gespräch mit den "getrennten Gemeinschaften", ein Konzil, das nach der Einheit der Christen suchen sollte. Das Vorhaben des Roncallipapstes, des 77-jährigen Bauernsohnes aus der Provinz Bergamo, löste in der Welt beides aus: Begeisterung und Bestürzung. Die einen meinten, eine Reform der Kirche sei längst fällig. Die anderen, die Konservativen, sahen in Geiste schon den Bau St. Peters zusammenstürzen; mit allen theologischen Traditionen und Positionen. Sie mißtrauten dem Roncalli, der die Fensterschlitze der alten Festung Kirche zu weiten Glaswänden aufreißen wollte. Sie wollten keine apertura, keine Öffnung der Kirche zur Welt hin, keinen Wandel. Bizarres Symptom für die Mentalität dieser Konservativen mag das Wort sein, das man einem konservativen Kardinal andichtete, der angesichts des Konzils sich gewünscht haben soll, noch katholisch sterben zu dürfen. Wie erregt der konservative Katholizismus wirkte, erhellt die Tatsache, daß in Madrid in mehreren Sprachen ein Sendschreiben gedruckt und allen Konzilsvätern und Konzilsberatern zugeschickt wurde. Titel des Schreibens: "Verschwörung gegen die Kirche". Die Schrift ereiferte sich, die Reformer als Juden und Judenstämme, als Söldlinge des Bolschewismus und des Weltjudentums zu "antilarven". Die deutschsprachige Ausgabe trug den Vermerk, daß sie auf vielfaches Verlangen einer österreichischen und deutschen Geistlichkeit herausgegeben wurde, was sicher nicht als erwiesen gilt.

In der über dreijährigen Vorbereitungszeit versuchten konservative Kreise immer wieder, die ökumenische Weite des Konzils einzudämmen. Das interne Ringen der Kirchenmänner entsprach der Bedeutung des geistigen Umbruchs, um den es ging. "Das Konzil ist, wie alle großen Ereignisse der Kirche, eine Schlacht zwischen der civitas Dei und der civitas diaboli", schrieb der konservative "Osservatore della Domenica" am Wochenende vor dem 11. Oktober 1962, dem Tage der Eröffnung des Konzils. Das Blatt traf damit wohl die Mentalität jener, die wie in der Madrider Schrift eine Verteufelungskampagne gegen die Reformer führten. Es sind jene, über die der österreichische Kardinal Rauscher schon 1870, während des 1. Vaticanums, sarkastisch bemerkte: "Sie riechen nach Schulzimmer"

Ihre Überzeugung ist: die eine heilige römische Kirche hat ihre eine, heilige unveränderliche Lehre, hat alle ihre Traditionen zu halten und zu verteidigen. Sie konzendieren lediglich in "äußeren" Dingen technische Kontakte mit Andersdenkenden. Den Kern katholischer Theologie und Struktur wollen sie unberührt wissen.

Die Epoche zwischen 1870 (Erstes Vatikanisches Konzil) und 1958 war darn auch innerkirchlich eine Epoche des Immobilismus. Kuriale Politiker, die im 19. Jahrhundert den Neokonismus zur Herrschaft gebracht haben, um die eine, reine, unveränderliche "ganze Wahrheit" der heiligen römischen Kirche (zu der nicht zuletzt die Verteidigung des Kirchenstaates gerechnet werden muß) zu verteidigen und durchzusetzen, agierten noch immer. Der Wiener Universitätsprofessor, der Katholik Friedrich Heer, beklagt, daß in dieser Zeit durch "Gehirnwäsche" der Klerus in Frankreich, Italien, England und Deutschland auf "Linie" gebracht worden sei und in schweren Kämpfen eine sehr differenzierte katholische theologische Reformbewegung unter dem Sammelnamen "Modernismus" keine Chance hatte. Die mutigsten theologischen Vorstöße der Gegenwart, die den Katholizismus in den Geschichtsprozeß eines neuen Zeitalters hineinführen wollten, nämlich zu einer Kirche hin, die sich selbst in den Wandel begibt, die es wagt, die moderne Wissenschaft und die Demokratie zu bejahen, diese Vorstöße hatten am 25. Januar 1959 gerade erst die Schwelle erreicht. Von diesem Tage an waren die "Neuerer", meist jüngere Theologen, keine ketzerischen Außenseiter mehr. Der Papst war mit ihnen.

Das Gespräch der Kirche mit der Welt, mit den "getrennten Brüdern", mit den Juden, mit den nichtchristlichen Religionen, ja selbst mit den Atheisten war aktuell geworden. Johannes XXIII. hatte jenen Immobilismus der Kirche wie einen Ameisenhaufen aufgeschaukelt. Das Zeitalter der "offenen Katholizität" war angebrochen. Ein Maßstab für die positive Reaktion der Weltöffentlichkeit war die Tatsache, daß das amerikanische Nachrichtenmagazin "Time" zu Beginn des Konzilsjahres auf dem Umschlag das Bild Johannes XXIII. brachte und ihn zum "Mann des Jahres 1962" erklärte.

"Man kann sagen, daß kein Konzil in der fast zweitausendjährigen Geschichte der Kirche auf eine so breite Basis gestellt worden ist, daß nie ein so umfassender Gedankenaustausch zwischen allen Mitgliedern des Episkopats stattgefunden hat," schrieb der deutsche Kurienkardinal Bea am Vorabend des Konzils. Bea war am 5. Juni 1960 von Johannes XXIII. zum Chef des Sekretariats für die Einheit der Christen ernannt worden. Und so sah die Basis aus: Rund 2 600 Bischöfe aus der ganzen Welt wurden nach Themen, die ihrer Meinung nach das Konzil anzusprechen sollte, befragt. Dazu sämtliche theologischen Fakultäten und katholischen Universitäten. Über 2 000 Gutachten mit 5 000 Druckseiten wurden aus allen Himmelsrichtungen nach Rom geschickt. Sie wurden in 13 Folioebänden zusammengefaßt. Elf Kommissionen, zwei Sekretariate und eine Zentralkommission arbeiteten das Material durch. Den Kommissionen gehörten 845 Mitglieder aus 79 Nationen an. Die Zentralkommission, eine Art Mikonzil, faßte mit ihren 100 Mitgliedern aus 65 Nationen die Arbeiten der einzelnen Kommissionen zusammen, die dann in St. Peter den versammelten Bischöfen zur Abstimmung vorgelegt wurden.

Im Vergleich dazu war das Erste Vatikanische Konzil nur von sechs Kommissionen mit 102 Mitgliedern vorbereitet worden.

Die Skala der römischen Gespräche war breit: Sie reichte von in der Öffentlichkeit wenig beachteten Problemen wie den modernen Aufgaben der Mission, der Erneuerung des Ordenslebens, der Ausbildung der Priester und Neuerungen in der Liturgie bis hin zu den brisanten Themen der Religionsfreiheit, des Laienapostolats, des Verhältnisses der Kirche zu den Nichtchristen, des Ökumenismus und des "Schemas XIII", in dem die Kirche mit Fragen der modernen Welt konfrontiert ist. Vieles, was diskutiert und in den Beschlüssen eingeschränkt oder gar ganz aus dem Programm genommen wurde - wie etwa das Problem des Zölibats, der priesterlichen Ehelosigkeit - wird sich zweifellos als Frage weiterentwickeln. Auch die Diskussion über die Geburtenregelung wird mit den Ende des Konzils nicht verstumpfen. Es gibt Kräfte, die am Problem bleiben. So hat in der Debatte um das 4. Kapitel des "Schemas XIII" der Patriarch Maximos IV. im Petersdom die offenen Worte gewagt - er sprach zum Thema Geburtenregelung -: "Müssen nicht vielleicht die offiziellen Auffassungen der Kirche neu geprüft werden? Müssen wir uns nicht auch fragen, ob nicht manche Stellungnahmen in überholten Ideen wurzeln, vielleicht sogar in einer Psychose von Zölibatären oder in Überbleibseln manichäischen Denkens?" Der brasilianische Bischof Kopp, der seine Rede zur Frage des Zölibats der Presse übergab, weil er sich in der Konzilsaula nicht halten konnte, wies darauf hin, daß Brasilien wegen des Priestermangels dem Atheismus und Kommunismus verfallen wäre, die Kirche nicht gestatte, auch verheiratete Priester zuzulassen...

Das Konzil konnte und wollte keine Rezepte für alle konkreten Lebenslagen liefern. Aber die Kirche hat klar gesagt, daß sie eine Kirche in der modernen Welt sein will, daß sie das Diesseits ernst nimmt. Am 29. Oktober bekannte sich Paul VI. vor dem Konzil ausdrücklich zur "progressiven Kirche". Die Kirche will unterwegs bleiben, auch wenn die letzte Konzilsakte geschlossen ist. Mit der Ankündigung, daß auch eine Reform der Kurie, des päpstlichen Verwaltungsapparats, fällig sei, hat Paul VI. einmal mehr bewiesen, daß er von der johanneischen Wende der Kirche keinen Abstrich zu machen gewillt ist.

Vielleicht werden einmal die Historiker den Aufbruch der ökumenischen Mentalität in der katholischen Kirche als das bedeutendste Moment des II. Vatikanums sehen. Sicher ist, daß die Jahreszahlen 1962 bis 1965 immer dann aktuell sein werden, wenn über die Einheit der Christen, so fern dieses Ereignis auch noch sein mag, gesprochen werden wird. Die Vorarbeit für die Verwirklichung der Einheit ist in diesen drei Jahren geleistet worden. Das allein ist eine große Leistung.

Im Dienst Deutschlands

Zur bevorstehenden Jahrestagung  
des "Kuratorium Unteilbares Deutschland"

sp - Die bevorstehende Jahrestagung des "Kuratorium Unteilbares Deutschland" vom 8. bis 11. Dezember in der Berliner Kongreßhalle hat die Lage der Jugend dies- und jenseits der Zonengrenze zum Generalthema. Hervorragende Fachkennner aus den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens werden dazu Wichtiges zu sagen haben. Es geht hier nicht um die Ausarbeitung eines politischen Programms, auch nicht darum, den Parteien zu sagen, was sie zu tun oder zu unterlassen haben; es geht um eine Bestandsaufnahme, die uns bisher bitter fehlte. In der jungen Generation ganz Deutschlands vollzieht sich ein gesellschaftlicher und geistiger Umbruch und entwickelt sich eine unterschiedliche Erlebnis- und Erfahrungswelt. Die jungen Menschen in Mitteldeutschland unterscheiden sich in vieler Beziehung von denen ihrer westlichen Brüder und Schwestern; zwischen ihnen sind auch schon Klüfte entstanden, über die kaum noch Brücken führen.

Das "Kuratorium Unteilbares Deutschland" hat sich um die Stärkung des inneren Zusammenhalts unserer Nation schon bleibende Verdienste erworben. Bei seiner Gründung stand die Skepsis Pate. So mancher hielt die Gründung für überflüssig. Skeptiker und Zweifler sind inzwischen gründlich widerlegt worden. Das Kuratorium entwickelte sich nicht, wie manche befürchteten, zu einem sterilen Honoratiorenverein, der nur zusammenkommt, um, fern aller Realität, Wolkenkuckuckspolitik zu betreiben. Das Kuratorium entfaltete eine bemerkenswerte Aktivität. Es ist aus dem politischen Gefüge der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken. Die Jahrestagungen, bezeichnenderweise immer in B e r l i n abgehalten, finden wachsende Beachtung. Männer und Frauen der verschiedensten Parteirichtungen kommen hier zu Wort und bekunden den Wert überparteilicher Zusammenarbeit. So manche wertvolle Impulse für die gesamtdeutsche Politik sind schon davon ausgegangen. Keine Partei kann diese Arbeit ersetzen. Sie trägt Früchte, die uns allen zugute kommen. Es gibt heute allgemein anerkannte, von keiner Partei in Zweifel gestellte Grundlagen der Deutschlandpolitik. Sie sind das Produkt der Zusammenarbeit im Kuratorium Unteilbares Deutschland. Seine Stimme gewinnt an Gewicht, niemand kann sie überhören. Sein rühriger geschäftsführender Vorsitzender, Dr. W. S c h ü t z, erfreut sich der Wertschätzung aller Parteien. Seine letzte Schrift über die Reform der Deutschland-Politik bietet eine Fülle von Anregungen und verdient, als Strategie politischen Handelns sorgfältiges Studium. Sie gibt der Diskussion in und um Deutschland neue Anstöße, Einsichten und Perspektiven.

Das Kuratorium hat mit dem Generalthema eine Untersuchung der Lage der jungen Generation in beiden Teilen Deutschlands bewältigt. Bis hierher fehlte eine gründliche Untersuchung und eine aus objektiven Kenntnissengewonnene Sicht der Lage. Was auf diesem Gebiet vorhanden ist, behandelt mehr Teilaspekte. Die vom Kuratorium gewohnte Unbefangenheit läßt auf gute richtungweisende Ergebnisse schließen.

## Beobachtungen und Gespräche in Bulgarien

Von Arno Scholz,

Herausgeber und Chefredakteur des "Telegraf", Berlin

Sind die "neuen ökonomischen Überlegungen", die in Bulgarien angewandt werden sollen, auch für die wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik von Bedeutung? Diese Frage stand über einer Informationsreise des Chefredakteurs des "Telegraf", mit der zugleich festgestellt werden sollte, ob das Verhältnis der Bundesrepublik zu Bulgarien Fortschritte macht.

Die Bulgaren sind aufgeschlossen und informationsfreudig, auch bereit, von Fehlern und von zu langsamen Entwicklungen in ihrem Lande zu sprechen. Sie hören sich eine offene Meinung an. Diese Feststellungen waren zu treffen bei Gesprächen mit dem bulgarischen Außenminister Iwan Bascheff, mit dem Präsidenten der Handelskammer Jordan Donscheff, mit dem Leiter des Planungsamtes Sarew, dem Leiter des Presseamtes Kyrill Stereff sowie mit Wirtschaftlern und Journalisten.

### Für diplomatische Beziehungen

Durchweg wurde, insbesondere von Außenminister Bascheff, die Tätigkeit der Handelsmission der Bundesrepublik in Sofia begrüßt, zugleich aber betont, daß von seiten Bulgariens der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen keine Schwierigkeiten im Wegstünden, sondern daß diese ausdrücklich gewünscht werden.

Ebenso eindeutig wurde die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen begrüßt, die allerdings im letzten Jahr einen leichten Rückschlag zu verzeichnen hatten. In den Jahren von 1960 bis 1964 haben sie sich aber doch so weit entwickelt, daß die Bundesrepublik im Warenaustausch an der Spitze aller westeuropäischen Staaten steht.

Bulgarien würde gern mehr in der Bundesrepublik kaufen, ist aber darauf angewiesen, dann auch mehr an uns zu verkaufen.

### Bulgarien braucht Maschinen

Für die stärkere Industrialisierung würde Bulgarien gern weitere Schmiewerke kaufen, aber auch Anlagen zum Ausbau seiner Hüttenwerke. Benötigt werden moderne Verpackungsanlagen, denn der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte ist davon abhängig, daß diese besser und für das Auge gefälliger verpackt werden.

Die Bulgaren haben für die Weiterentwicklung ihrer Industrie klare Vorstellungen. Sie wollen sich auf bestimmte Produktionen spezialisieren, mit denen sie hoffen, auch bald auf dem westeuropäischen Markt leistungsfähig sein zu können. Ein Akkumulatorenwerk wurde in der Bundesrepublik gekauft. Mit ihm glaubt man, gute und preisgünstige Akkumulatoren herstellen zu können, weil genügend Zinkvorkommen im Lande vorhanden sind.

Die für die Weiterentwicklung der Industrie verantwortlichen Stellen überprüfen zur Zeit, auf welche Weise ein engeres Zusammenwirken von Industrierwerken in der Bundesrepublik mit ähnlich arbei-



tenden in Bulgarien erreicht werden könnte. Auf die präzise Frage, ob auch daran gedacht sei, westdeutschen Unternehmen die Chance zu geben, Filialwerke in Bulgarien zu errichten, oder sich an bereits bestehenden in Bulgarien zu beteiligen, wurde lächelnd geantwortet, man sei bereit, auch über dieses Problem zu reden.

Durch die "neuen ökonomischen Überlegungen" soll geprüft werden, inwieweit eine echte Marktwirtschaft weiterhelfen kann. Weitgehend soll - auch das ergaben die Gespräche - von der starren Planwirtschaft abgegangen werden, und die Wirtschaftsunternehmen sollen die Chance erhalten, sich selber Produktions- und Absatzmöglichkeiten zu suchen.

#### Höherer Lebensstandard

Diese "neuen ökonomischen Überlegungen" wie auch der Versuch eines verstärkten Warenverkehrs mit westeuropäischen Ländern werden angestellt, um den Lebensstandard zu heben.

Noch immer liegt das Monatseinkommen bei 120 bis 150 Lewa, kaufkraftmäßig wären das etwa 250 bis 300 DM. Die meisten zahlen eine Monatsmiete von fünf bis acht Lewa, ein Anzug kostet aber 40 bis 80 Lewa.

Lebensmittel sind ausreichend vorhanden und preiswert. Allerdings trifft dies nur für einheimische Erzeugnisse zu.

#### Stockwerkseigentum

Zu den "neuen ökonomischen Überlegungen" gehört auch die Förderung der Bauindustrie. Es wird in Sofia viel gebaut, aber - wie nachdrücklich betont wurde - noch zu wenig mit Baumaschinen, die man gern aus der Bundesrepublik beziehen möchte.

Die Wohnungen werden zum großen Teil als Stockwerkseigentum errichtet. Dabei wird ein sehr verdichtetes Verfahren angewandt. Wer sich eine Wohnung kaufen will, richtet sich bei der Bank oder Sparkasse ein Konto ein und wird dann, wenn er etwa 2000 Lewa gespart hat, zu einer "Versammlung" von Kontoinhabern gerufen, die ebenfalls bauen wollen.

Die Banken geben Kredite, den Hauptanteil von 3000 bis 4000 Lewa gibt der Staat. Eine kleine Zweizimmerwohnung kostet etwa 6000 Lewa. Den Kredit aus der Staatskasse kann der Wohnungsinhaber in 20 Jahren mit einprozentiger Verzinsung zurückzahlen.

Die Bauern in Bulgarien sind starke Individualisten. Sie wollen nicht mit anderen zusammen wohnen, sind nicht einmal für Einfamilien-Reihenhäuser zu haben und bauen auf eigenen Grund und Boden, der ihnen verblieben ist, oder kaufen Grundstücke.

#### Nicht gegen die Sowjetunion

In allen Gesprächen zeigte sich sofort ein starkes Interesse, wenn das Thema Europa aufkam. In den bulgarischen Schulen wird als zweite Sprache Russisch oder Deutsch und als dritte Französisch oder Englisch gelehrt. Auch dies im Hinblick auf eine Zusammenarbeit mit westeuropäischen Völkern, die nicht etwa gesucht wird, um sich von Moskau freizuschwimmen.

Die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Sowjetunion sind ungetrübt,

seit russische Truppen im Jahre 1877 auf Weisung des Zaren Alexander den bulgarischen Partisanen halfen, die Türken aus dem Land zu vertreiben. Damit endete eine 500jährige harte Besatzungszeit:

Der Dank für diesen Beistand ist noch immer lebendig. Auf dem größten Platz Sofias steht ein Denkmal, das den Zaren Alexander hoch zu Ross darstellt. Wahrscheinlich das einzige für einen russischen Zaren, das überhaupt noch vorhanden ist.

Die Sowjetunion hat den Bulgaren auch nach Ende des zweiten Weltkrieges durch Warenlieferungen und große Kredite geholfen. Sie hat immer noch den stärksten Warenumsatz mit Bulgarien. Deswegen würde auch jeder mit Mißtrauen aufgenommen werden, der den Versuch unternähme, die Bulgaren in eine Front gegenüber Moskau zu drängen.

### Tourismus fördert...

Wer davon absieht, kann ganz offene Gespräche führen, zum Beispiel in der Richtung: "Wie die Bulgaren ihre wirtschaftlichen und politischen Probleme lösen, ist ihre Angelegenheit, aber ebenso ist es eine deutsche Angelegenheit, ob die Deutschen in dem ihnen verbliebenen Lebensraum in einem oder in zwei getrennten Staaten leben wollen."

Insoweit ist seit einer Reise vor anderthalb Jahren zur heutigen wir Fortschritt festzustellen. Es wird akzeptiert, daß die deutsche Teilung für ganz Europa eine Belastung ist und daß nach Wegen gesucht werden sollte, sie zu überwinden.

Es wird zugeworben, daß Touristen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten können. In Bulgarien ist bereits eine andere Stimmung gegenüber der Bundesrepublik entstanden, seitdem sehr viele Deutsche das Opfer einer langen Reise auf sich nehmen, um sich mit Verwandten aus dem anderen Teil Deutschlands in bulgarischen Ferienorten zu treffen.

### Die deutsche Handelsmission

Großes Ansehen genießen westdeutsche Unternehmen, die sich als hilfsbereit erwiesen haben. Besonders hochgeschätzt wird Berthold Beitz, der wiederholt in Bulgarien war. Seine Vorstellungen zu einem Zusammenwirken zwischen bulgarischen und westdeutschen Unternehmen finden weitgehende Beachtung und werden eifrig diskutiert.

Offensichtlich hat auch der Leiter der Handelsmission der Bundesrepublik, Heinz Herrmann, seine Aufgaben mit sehr viel Takt und Geschick angepackt. Allgemein wurde anerkannt, daß er viele Unebenheiten im Warenverkehr mit der Bundesrepublik auf vernünftige Weise behoben hat.

Ein besonderes Problem scheint die Frage der kulturellen Beziehungen zu sein. In der Sofiaer Oper tritt ein modernes Ballett auf, das sich in allen europäischen Hauptstädten sehen lassen könnte. In vielen Orten gibt es Orchester und Tanzgruppen, die die bulgarische Lebensart auch auf Veranstaltungen in der Bundesrepublik darstellen könnten.